

ARBEIT
ÖKOLOGIE
ANTIFASCHISMUS PRÄVENTION
INTEGRATION DEMOKRATISIERUNG
DIE REGION HANNOVER
FRAUEN SPORT
TRANSPARENZ
ENERGIEWENDE
JUGENDLICHE
SOZIALES
WIRTSCHAFT
HARTZ IV
KINDER BÜRGERNÄHE
SOLIDARITÄT
UMWELT
IST UNSER
ZUHAUSE
MITBESTIMMUNG
GESUNDHEIT

SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG

Wahlprogramm für die Region Hannover
zur Kommunalwahl 2011

DIE LINKE.

Kreisverband Region Hannover



Inhalt

Chancen und Grenzen linker Kommunalpolitik	4
Demokratie leben!	7
Gleichstellung	8
Öffentlich - weil es lebenswichtig für Alle ist	9
Von Arbeit müssen Menschen leben können – Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor als eine Alternative zur Massenarbeitslosigkeit	11
Finanzierung der kommunalen Aufgaben sichern	12
Demokratie in den Betrieben	14
Sozial ist gerecht	15
Gesundheit ist keine Ware	16
Alt werden in Würde	17
Es ist normal, anders zu sein	17
Öffentliche Räume für alle	19
Mobilität für alle – sozial, ökologisch, barriere- und kostenfrei	20
Bauen und wohnen, menschen- und naturgerecht	22
Klimaschutzregion Hannover – atomstromfrei	23
Leben mit der Natur	25
Kulturelle Vielfalt bewahren und fördern	26
Multikulturelle Gesellschaft als Selbstverständlichkeit – Gegen Diskriminierung und Rassismus	27
Gesellschaftliche Teilhabe durch lebenslanges Lernen	29
Leben mit Kindern und Jugendlichen	31
Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft	33
Gewaltfreie Region Hannover	34
Aus der Geschichte lernen: Region Hannover – nazifrei!	34
Region Hannover – militärfrei	36
Ausblick	37

Chancen und Grenzen linker Kommunalpolitik

„Eigentlich müsste unser Wahlprogramm immer mit einem kleinen Sternchen oder einer Fußnote versehen werden: „Unser Wahlprogramm steht unter einem Systemvorbehalt.“ Krisen sind im Kapitalismus Teil des Systems und können uns immer wieder unsere hart erarbeiteten Erfolge kaputt machen. Darüber müssen wir alle Wählerinnen und Wählern unbedingt aufklären. Die besten Wahlprogramme können nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns der Kapitalismus erbarmungslos Grenzen setzt, wenn es um eine gerechtere, ökologischere und friedlichere Welt geht.

Dr. Gesine Löttsch, Parteivorsitzende DIE LINKE, Berlin 2010

Die Region Hannover ist unser Zuhause. Hier erleben wir politische Entscheidungen und ihre Auswirkungen am eigenen Leibe. Seien es Abfallgebühren, Verkehrstarife, Kindergartenöffnungszeiten, Schulausstattung, Freizeitangebote, gesundes Wohnumfeld usw. – all das spüren wir unmittelbar vor Ort.

Linke Kommunalpolitik muss daher die berechtigten Interessen der Bevölkerung aufgreifen und Druck machen, damit die Kommunen auch von Bund und Land ausreichende Finanzmittel erhalten, um eine öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Und das so konkret wie möglich. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen:

1.) DIE LINKE lehnt die sozial ungerechte Hartz IV-Gesetzgebung entschieden ab und setzt sich stattdessen für eine sozial gerechte Gesellschaft ein.

Es reicht nicht aus, „Hartz IV muss weg!“ zu fordern. Wir müssen zusätzlich dafür sorgen, dass die Folgen von Hartz IV für die betroffenen Menschen zumindest abgemildert werden, zum Beispiel durch

- ▶ einen „Region Hannover Pass“ für die Menschen mit wenig Geld zur kostenlosen bzw. stark verbilligten Nutzung kultureller, sportlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen sowie des Öffentlichen Personennahverkehrs
- ▶ Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), damit die Menschen nicht wieder in „Hartz IV“ abstürzen
- ▶ die Verhinderung von Wasser-, Strom- und Gasabschaltungen.

2.) DIE LINKE lehnt den Krieg in Afghanistan ab und fordert den Abzug deutscher Truppen.

Wir müssen diese Forderung auf allen Ebenen erheben, auch in der Kommune. Gleichzeitig müssen wir uns gegen die militärische Infrastruktur vor Ort wenden. Daher fordern wir:

- ▶ Schaffung alternativer Arbeitsplätze im nichtmilitärischen Bereich (Konversion),
- ▶ Auflösung des Militärflughafens in Wunstorf,
- ▶ keine Bundeswehrpropaganda in den Schulen und Jobcentern in der Region,
- ▶ Aufkündigung der Patenschaft der Landeshauptstadt mit der 1. Panzerdivision,
- ▶ kein weiteres Sommerbiwak der 1. Panzerdivision.

Diese Verknüpfung von politischen Kernforderungen mit praktischen Schritten vor Ort hat die bedeutendste Politikerin des letzten Jahrhunderts - Rosa Luxemburg - auf den Punkt gebracht und dafür den Begriff „**Revolutionäre Realpolitik**“ geprägt.

Dem wollen wir mit all unserer Kraft gerecht werden. Aber das wird nicht geschehen, ohne dass die Menschen selbst aktiv werden. Unsere kommunalen VertreterInnen können sie unterstützen, aber den Druck auf die „große Politik“ muss die Bevölkerung selbst ausüben - nur dann wird sich was bewegen.

Zu diesem Programm:

„Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit.“

Bert Brecht

„Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“, „Energieautarke Region Hannover“, „Region Hannover militärfrei“ - 3 von insgesamt 22 thematischen Leitzielen für das Jahr 2030. diesen Leitzielen streben wir eine solidarische, demokratische, ökologische und friedliche Region Hannover an. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Diese Leitziele haben wir im Dialog mit Menschen aus sozialen und Umweltinitiativen erarbeitet. Wir entwickeln sie ständig fort. Unsere politischen Tagesforderungen für die nächste Kommunalwahlperiode 2011-2016 orientieren sich an diesen Leitzielen.

Ein Beispiel: Aus dem Leitziel „Kostenloser ÖPNV“ ergibt sich, dass wir anstreben, zusammen mit Sozial- und Verkehrsinitiativen ein Sozialticket durchzusetzen, das diesen Namen auch verdient. Deshalb wird DIE LINKE keine Entscheidungen unterstützen, die diesem Leitziel entgegenstehen;

d. h., wir werden keinerlei Fahrpreiserhöhung zustimmen.

Dieses linke Kommunalwahlprogramm ist für alle Themenbereiche gleich strukturiert: unser jeweiliges Leitziel für 2030 gibt die Richtung an, es folgt eine kurze Analyse des Ist-Zustandes, konkrete Forderungen für den Zeitraum 2011 – 2016 zeigen auf, wie wir dem jeweiligen Leitziel näherkommen wollen.

Wir wollen eine gerechte, emanzipatorische, friedliche und solidarische Gesellschaft mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus und haben dies in der Präambel zu unseren Leitzielen auf den Punkt gebracht:

Präambel der Leitziele für 2030

Durch radikale Verkürzung der Erwerbsarbeit (von der alle gut leben können) haben Frauen und Männer die Zeit, im demokratischen Aushandlungsprozess an der Gestaltung eines guten Lebens für alle in der Kommune mitzuwirken. Unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung betätigen sich alle auch an der Gestaltung humaner Mensch-Mensch- und schonender Natur-Mensch-Beziehungen und entfalten zugleich ihre menschlichen Wesenskräfte. Die persönlichen Entwicklungen von Frauen, Männern und Kindern sind in einer solidarischen Kommune untrennbar ineinander verwoben.

Alle Menschen, die sich mit diesen Zielen identifizieren, sind aufgerufen sich an der Weiterentwicklung der Leitziele und der Umsetzung zu beteiligen sich mit uns aktiv für eine lebenswerte und solidarische Region Hannover einzusetzen und diesmal bei den Kommunalwahlen **× × ×** für die LINKE machen

Demokratie leben!

Unser Ziel für 2030: Transparentes Handeln der Verwaltung ermöglicht es, in der Region Hannover und ihren Mitgliedskommunen alle wesentlichen politischen Entscheidungen mit direkter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner zu treffen. Mithilfe eines Bürgerhaushalts nehmen die Einwohnerinnen und Einwohner Einfluss auf die Einnahme- und Ausgabepraxis der Region bzw. der Städte und Gemeinden. Die Entscheidungen der Einwohnerinnen und Einwohner sind bindend für Politik und Verwaltung.

Überall in der Region beteiligen sich die Menschen an Protesten gegen die derzeitige Kommunalpolitik. Sie ketten sich z. B. an Bäume am Ihme-Ufer, sie engagieren sich in Bürgerinitiativen gegen den überflüssigen und gefährlichen Abtransport einer gesicherten Deponie von Wunstorf-Luthe nach Isernhagen, gegen die Unfähigkeit der Verwaltung in der Bewältigung gefährlicher Altlasten im Boden in der List, gegen die Schließung der Stadtteilbibliothek Linden, gegen das Kaufland-Projekt auf der Halde Barsinghausen, gegen den Bau eines Tierversuchslabors und viele andere Probleme.

Sowohl im Rat der Stadt Hannover als auch in der Regionsversammlung Hannover hat DIE LINKE Anträge gestellt, die BürgerInnen an den Entscheidungen zur Haushaltslage zu beteiligen (Bürgerhaushalte). Diese Anträge wurden von allen dort vertretenen Parteien abgelehnt. Noch nie in der Geschichte der Region Hannover, ihrer 20 Umlandgemeinden und der Landeshauptstadt Hannover hat sich die Lokalpolitik herabgelassen, wirklich Verantwortung direkt an ihre BürgerInnen abzugeben. Der Grundgedanke des Bürgerhaushalts wurde pervertiert, als die BürgerInnen eingeladen wurden, nur darüber mit zu beraten, welche Variante einer von oben verordneten Sparpolitik umgesetzt werden sollte.

Bei möglichst vielen Projekten will DIE LINKE die betroffenen EinwohnerInnen beteiligen.

Wir fordern:

- ▶ mindestens einmal im Jahr eine BürgerInnenbefragung in der Region und der Landeshauptstadt zu wesentlichen kommunalen Themen durchzuführen
- ▶ die Bereitstellung ausreichender Informationen in EinwohnerInnenversammlungen
- ▶ nicht öffentliche Teile von Rats- und Regionsversammlungen sowie ihrer Gremien soweit wie möglich einzuschränken
- ▶ für spezielle Fragen den Sachverstand unserer EinwohnerInnen beispielsweise in Form eines Bürgergutachtens oder einer Planungszelle und fachlicher oder rechtlicher Beratung von Bürgerinitiativen zu organisieren
- ▶ alle notwendigen Informationen den BürgerInnen in verständlicher Form zur Verfügung zu stellen, um die aktive Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen zu ermöglichen

- ▶ Bürgerhaushalte sowohl für die Region Hannover als auch für die ihr angehörigen Städte und Gemeinden sorgsam vorzubereiten und einzuführen
- ▶ die Voraussetzungen für eine breite Teilnahme der EinwohnerInnen zu schaffen. Bevor der jeweilige Haushalt beschlossen wird, können die BürgerInnen in Orts- und Stadtteilversammlungen festlegen, was sie für besonders wichtig halten.
- ▶ Die Kommunalverfassung muss dahin gehend geändert werden, dass mehr Demokratie vor Ort möglich ist, d. h., Orts- und Bezirksräte müssen mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen, auch auf Kosten von Stadtrat und Regionsversammlung. Außerdem sind die Entscheidungen dieser demokratisch gewählten Gremien für die Verwaltung bindend.

Gleichstellung

Unser Ziel für 2030: Alle Menschen in der Region Hannover sind unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung gleichberechtigt.

Frauen verdienen noch heute ein Viertel weniger als Männer, weil sie aufgrund eines immer noch vorherrschenden traditionellen Familienbildes vornehmlich auf Branchen verwiesen werden, in denen generell schlechter bezahlt wird. Darüber sind Frauen auf Teilzeit angewiesen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Über 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, von denen ein Drittel mit ihren Kindern in Armut lebt. Neben der Betreuung und Erziehung von Kindern ist auch die Pflege von Angehörigen meist „Frauensache“ und schränkt Frauen in ihrer Lebensgestaltung ein, d. h., die Entscheidung für die Familie lässt sie entweder abhängig oder arm bleiben. Dies wirkt sich bis ins Rentenalter aus. Noch zusätzlich benachteiligt sind Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund.

Zu kritisieren ist nach wie vor, dass Spitzenpositionen zumeist von Männern besetzt sind, obwohl viele Frauen über entsprechende Qualifikationen verfügen. Deshalb müssen Frauen selbst politischen Einfluss gewinnen. DIE LINKE steht daher für die Quotierung aller Ämter und Mandate von mindestens 50 Prozent. Wir verstehen die Quotierung nicht nur als Selbstverpflichtung, sondern auch als einen Weg zur gleichberechtigten Teilnahme an allen gesellschaftlichen Entscheidungen.

Gesellschaftlich nimmt – trotz gut besuchter Christopher-Street-Days und Eingetragener Lebenspartnerschaft – die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen und Lesben wieder zu. Besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden, haben es intersexuelle Menschen und Transgender. Der Zwang in unserer Gesellschaft, sich eindeutig einem Geschlecht zuzuord-

nen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz.

DIE LINKE tritt für eine umfassende Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern ein. Das „Verbot“ von Diskriminierungen ist hierzu nur bedingt tauglich. Vielmehr gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Insbesondere junge Menschen sollen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen unterstützt werden.

Damit wird ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich sind.

Wir fordern:

- ▶ Frauen müssen stärker in die kommunalen Entscheidungen einbezogen werden
- ▶ Einstellung von Frauenbeauftragten in allen Städten und Gemeinden der Region Hannover
- ▶ Erhalt bestehender Frauenprojekte, wie z. B. Frauenberatungsstellen, Frauennotruf, Phoenix e. V.
- ▶ Jede/Jeder muss das Recht haben, frei über ihr/sein Sexualleben zu entscheiden
- ▶ Unterstützungsangebote für schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche
- ▶ Wir unterstützen das Nachfolgeprojekt für den Knackpunkt in der Landeshauptstadt Hannover
- ▶ Familienarbeit (Reproduktionsarbeit) und die „Arbeit am Menschen“ muss gesellschaftlich aufgewertet und entsprechend bezahlt werden

Öffentlich - weil es lebenswichtig für Alle ist

Unser Ziel für 2030: Alle Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge befinden sich in öffentlicher Hand. Wasser, Energie, Wohnen, Mobilität, Bildung, Kultur, Gesundheit und vieles andere mehr werden flächendeckend in guter Qualität für alle garantiert. Die öffentlichen Betriebe sind transparent aufgebaut und werden demokratisch kontrolliert.

Viele Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind von Privatisierung bedroht, auch in der Region Hannover: Der Verkauf von kommunalen Wohnungen wird als „soziale Entflechtung“ getarnt. Sie werden zum Teil an „Heuschrecken“ wie Cerberus verkauft oder durch die Um-

wandlung in Eigentumswohnungen privatisiert. Die Pflegeheime der Region wurden verkauft, das kommunale Schwimmbad in Laatzen in das teure AquaLaatzium hochsaniert, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Privatisierung des Rettungsdienstes konnte – wenn nicht verhindert – so doch durch Intervention der Linksfraktion in der Regionsversammlung aufgeschoben werden.

Der Bestand der Sparkasse ist durch EU-Pläne gefährdet.

Die kommunalen Betriebe sind der Kontrolle der demokratisch gewählten MandatsträgerInnen durch die Überführung in Gesellschaften mbH oder Aktiengesellschaften entzogen. So hat beispielsweise der Rat der Stadt Hannover nur sehr begrenzten Einfluss auf das Geschäftsgebaren des städtischen Energieversorgers Encicity, der rücksichtslos Strom- und Gassperren bei Menschen durchsetzt, die in Zahlungsverzug gekommen sind.

Öffentliche Gebäude wie beispielsweise die Integrierten Gesamtschulen Hannover-Kronsberg und Stöcken wurden durch private Investoren gebaut und betrieben (Public Private Partnership = PPP) und von der Kommune zurück gemietet. Doch die angeblich so günstigen Bedingungen sind letztlich viel teurer, als wenn der Bau und Betrieb in Eigenregie erfolgen würde.

Soziale Projekte und Initiativen, wie beispielsweise Mehrgenerationenhäuser als Tagestreffpunkte, Frauennotruf und Schuldnerberatung werden oft nur kurzfristig angeboten oder müssen jedes Jahr wieder um ihre Finanzen und damit um ihr Überleben kämpfen, obwohl ihre Angebote dauerhaft notwendig sind. Die in den Projekten beschäftigten Menschen sind meist nur befristet und schlecht bezahlt eingestellt.

Privatisierung ist Diebstahl von öffentlichem Eigentum. Deshalb lehnt DIE LINKE Privatisierungen ab!

Eine teilweise oder ganze Privatisierung der öffentlichen Unternehmen, z. B. des Klinikums Region Hannover, von aha, der Stadtentwässerung oder Hann-IT lehnen wir ab.

DIE LINKE in der Region Hannover wird alle Initiativen unterstützen und mit initiieren, die die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verhindern und sie stattdessen ausbauen helfen. Dabei sucht sie die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Verbänden, Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die vor Ort von den Auswirkungen der beschriebenen neoliberalen Politik betroffen oder bedroht sind.

Wir fordern:

- ▶ die kommunalen Töchter (wie z. B. Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH), Encicity, hannoverimpuls, üstra, aha) müssen in ihren Strukturen transparenter werden und wieder durch die Politik kontrolliert werden
- ▶ bereits privatisierte Einrichtungen (wie beispielsweise die Pflegeheime der Region) müssen nach und nach rekommunalisiert werden
- ▶ der Rettungsdienst muss bei den gemeinnützigen Trägern bleiben oder kommunalisiert werden
- ▶ kommunale Einrichtungen wie öffentliche Schwimmbäder oder Büchereien müssen

erhalten bleiben

- ▶ keine Finanzierung von Investitionen und Betrieb über PPP
- ▶ Gewinnausschüttungen der Sparkasse sind vollständig an die Region und die Landeshaupt Hannover weiterzureichen
- ▶ am Bedarf orientierte finanzielle Existenzsicherung von sozialen Projekten und Initiativen durch die Kommune und/oder die Region Hannover
- ▶ Unterstützung von selbstverwalteten und/oder genossenschaftlichen Strukturen zur Daseinsvorsorge

Von Arbeit müssen Menschen leben können – Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor als eine Alternative zur Massenarbeitslosigkeit

Es stehen deutlich weniger existenzsichernde Arbeitsplätze zur Verfügung, als es Arbeitssuchende in der Region Hannover gibt. Die Ausbreitung des Niedriglohnbereiches zwingt die Beschäftigten, zusätzlich Aufstockerleistungen beantragen zu müssen. Das schwächt zusätzlich die Kaufkraft und damit das Klein- und Mittelgewerbe. Auch die öffentlichen Kassen werden geschädigt. Hier muss gegengesteuert werden.

Viele Bereiche der „Dienste am Menschen“ werfen keinen Profit ab und werden deshalb durch die Privatwirtschaft nicht abgedeckt. Hier kann und muss die Versorgung durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gesichert werden.

Es hat sich ein erheblicher Niedriglohnbereich herausgebildet, der auch über Hartz-IV-EmpfängerInnen hinaus Menschen in eine prekäre oder zumindest sehr eingeschränkte Lebenssituation bringt. Dies gilt auch für die Bürgerarbeit, die seit Anfang 2011 durch die Bundesregierung gefördert wird. Das lehnt DIE LINKE ab!

Wir setzen uns für Zusammenführung der Wirtschaftsförderung von Region Hannover, Landeshauptstadt und hannoverimpuls unter dem Dach der Region Hannover ein. Wir wollen durch eine nachhaltige Ansiedlungspolitik und einer Gründeragentur nach dem Vorbild Berlins (One-Stop-Agency) die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Wir fordern:

- ▶ den Aufbau eines kommunalen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) mit sozialversicherungspflichtigen auskömmlichen Arbeitsplätzen. Bei der Neuorganisation des Job-Centers sollte auf eine wirkungsvolle kommunale Eingriffsmöglichkeit geachtet werden, um in der Region einen ÖBS aufzubauen. Dazu sollen die bisher für sogenannte 1-Euro-Jobs und Bürgerarbeit verwendeten Mittel eingesetzt werden
- ▶ die Errichtung eines kommunalen Betriebes, der als Dach- und Auffangbetrieb Projekte für notwendige Soziale Dienstleistungen sicherstellt
- ▶ kommunale Planung und Sicherstellung der notwendigen Angebotspalette
- ▶ am Bedarf orientierte finanzielle Existenzsicherung der Projekte durch die Kommune
- ▶ die Anlehnung der Vergütung der Beschäftigten an die Tarife im öffentlichen Dienst
- ▶ einen „Rettungsschirm“ für in der Existenz bedrohte Freiberufliche und Kleinbetriebe

Finanzierung der kommunalen Aufgaben sichern

Unser Ziel 2030: Der grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltungsauftrag ist durch eine aufgabengerechte Finanzierung gesichert.

Eine verfehlte Steuerpolitik des Bundes, z. B. durch Senkung der Einkommensteuer, Wegfall der Vermögensteuer etc. und die Finanzkrise haben zu starken Einnahmeverlusten geführt. Viele Aufgaben werden vom Bund oder dem Land auf die Kommunen übertragen. Dabei werden den Kommunen aber nicht die tatsächlich entstehenden Kosten erstattet, wie sie beispielsweise für den beschlossenen Ausbau der Kindertagesstätten oder die Übernahme der Kosten der Unterkunft für Geringverdienende entstehen. Das mit der Föderalismusreform beschlossene Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, bezahlt) wird immer wieder verletzt.

Diese Situation ist nicht auf kommunaler Ebene zu meistern, auch wenn die Erhöhung der Gewerbesteuer kurzfristig helfen kann. Geändert werden muss das Gemeindefinanzsystem. Es muss eine aufgabengerechte Finanzierungsbasis sichern und Anpassungsmechanismen enthalten, die auf Veränderungen von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen reagieren.

Auch sogenannte Sparhaushalte der Vergangenheit („Konsolidierungsprogramme“) haben weder

für die Region Hannover noch die Landeshauptstadt Hannover einen ausgeglichenen Haushalt geschaffen. Problem der Region ist, dass diese keine eigene Steuerhoheit hat, sondern von der bei den 21 Mitgliedskommunen (darunter als Hauptzahlerin die Landeshauptstadt Hannover) erhobenen Regionsumlage abhängig ist. Bereits bei der Gründung der Region 2001 musste ein Defizit von 282 Mio. Euro vom ehemaligen Landkreis Hannover übernommen werden. Das Defizit vergrößert sich jährlich um rund 70 Mio. Euro, weil die gesetzlich verpflichtenden Ausgaben im Sozialbereich nur unzureichend von Bund und Land erstattet werden. Die Landeshauptstadt Hannover schiebt seit 2001 (durch die Folgen der Expo und ebenfalls soziale Lasten) ein Defizit von rund 350 Mio. € vor sich her.

Wir fordern:

- ▶ den vollständigen Ausgleich der Transferkosten im Sozial- und Bildungsbereich durch Bund und Land
- ▶ Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes in den Mitgliedskommunen der Region Hannover
- ▶ Anpassung der Regionsumlage
- ▶ eine finanzielle Schwerpunktsetzung der Region und ihrer Kommunen im sozialen und ökologischen Bereich
- ▶ Verzicht auf kostenträchtige Prestigeobjekte wie beispielsweise den Neuaufbau des Herrenhäuser Schlosses
- ▶ keine Kapitalerhöhungen städtischer Beteiligungen wie bei der Deutschen Messe AG
- ▶ Ausweitung der Gewerbesteuer zu einer „Gemeindefortschrittssteuer“ unter Einbeziehung von FreiberuflerInnen, unter Einbeziehung von gut verdienenden FreiberuflerInnen, wie beispielsweise ÄrztInnen, RechtsanwältInnen und ArchitektInnen
- ▶ Orientierung der Grundsteuer an den tatsächlichen Werten von Grundstücken und Immobilien
- ▶ Aufgabenübertragungen von Bund und Ländern an die Kommunen nur bei gleichzeitiger aufgabengerechter Finanzierung (Konnexitätsprinzip)

Demokratie in den Betrieben

Unser Ziel für 2030: Die privatwirtschaftlichen und öffentlichen Betriebe werden nach den Grundsätzen der Wirtschaftsdemokratie geführt, d. h. die Beschäftigten entscheiden über Produktion, Produkte und Produktivität ihrer Betriebe. Diese Entscheidungen erfolgen in Abstimmung mit den kommunalen EntscheidungsträgerInnen.

In den letzten Jahren haben wir es immer wieder erlebt, dass Betriebe ins Ausland verlegt wurden. Aktienkurse von Firmen stiegen, die Massenentlassungen durchführten oder Abteilungen und Bereiche ausgliederten (Outsourcing). Sie setzten Lohndumping, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Arbeitszeitverlängerung durch. Das Leben der Menschen, insbesondere der jungen, ist geprägt durch Arbeitslosigkeit, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung und Unsicherheit über die Zukunft.

Die Beschäftigten in den Betrieben und ihre gewählten Vertretungen haben keinen Einfluss darauf, was und wie produziert wird. Allein die Manager entscheiden ausschließlich unter kurzfristigen Renditegesichtspunkten. Eine Berücksichtigung volkswirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aspekte bei den Unternehmensentscheidungen findet nicht statt.

Wie wenig Einfluss Politik und Beschäftigte haben, zeigt das Beispiel von Continental: Die Reifenproduktion wurde trotz massiven Widerstandes der Belegschaft in Hannover eingestellt. Gleichzeitig wurde ein neues Werk im Ausland errichtet. Die hannoversche Gildebrauerei wurde an einen internationalen Konzern verkauft, um kurzfristige Einnahmen zu erzielen. Die wenigen noch erhaltenen Arbeitsplätze sind bedroht.

Wir fordern:

- ▶ Subventionen und Vergünstigungen für (insbesondere gefährdete) Betriebe werden an Auflagen gebunden, die die Einbeziehung betrieblicher Vertretungen gewährleisten.
- ▶ Stadt und Region legen regelmäßig Berichterstattung über die Lage ansässiger Betriebe vor und zeichnen Beispiele für gute betriebliche Mitbestimmung aus
- ▶ Die MandatsträgerInnen der LINKEN stehen als AnsprechpartnerInnen für Belegschaften und ihre Vertretungen zur Verfügung und beraten sich mit den Vertretungen, wo es um kommunale Aktivitäten geht

Sozial ist gerecht

Unser Ziel für 2030: Die Region Hannover und die ihr angehörenden Kommunen ermöglichen allen Einwohnerinnen und Einwohnern unabhängig von ihrem Einkommen die volle gesellschaftliche Teilhabe.

Das System Hartz IV nimmt den Betroffenen die Menschenwürde und zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zu viele Menschen in der Region Hannover sind durch Erwerbslosigkeit oder durch Arbeit, von der man nicht leben kann, gezwungen von Hartz IV zu leben. Ebenso schlecht gestellt sind Menschen mit geringen Renten, Erwerbsunfähige, Alleinerziehende oder Asylsuchende. Diese sind von den vielfältigen kulturellen, sportlichen und Bildungsangeboten ausgeschlossen. Selbst die in Hannover und den Umlandgemeinden eingeführten verschiedenen Modelle von ‚Sozialpässen‘ können keinen Ausgleich schaffen.

Wir fordern:

- ▶ Einführung des „Region Hannover Passes“, der freien Zugang zu allen gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen schafft und Mobilität durch ein soziales Monatsticket ermöglicht, auch für GeringverdienerInnen
- ▶ Erlass der Kontoführungsgebühren bei der Sparkasse Hannover für InhaberInnen des „Region Hannover Passes“
- ▶ Einführung eines Sozialtarifes für Strom und Gas. Außerdem fordern wir ein Verbot von Strom- und Gasabschaltungen
- ▶ Wahrnehmung der Funktion der Region als TeilhaberIn des Jobcenters zur Verbesserung der Serviceleistung der Jobcenter unter anderem durch Umwandlung der befristeten Arbeitsverträge in Dauerarbeitsverhältnisse
- ▶ effektive Kontrolle der Qualität und der Maßnahmenausrichtung bei Fortbildungsträgern
- ▶ keine Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Firmen, die nicht den Tariflohn zahlen
- ▶ Ausrichtung der Sozialberichterstattung auf Verwirklichungschancen
- ▶ Finanzielle Förderung von Arbeitslosen-Selbsthilfeorganisationen
- ▶ bei Anträgen auf Aufstockung geringer Einkommen kontrolliert das JobCenter, ob ein sittenwidriges Lohnniveau vorliegt und bringt solche Firmen zur Anzeige
- ▶ eine Verbesserung der Arbeit der JobCenter, damit endlich verständliche Bescheide nach Recht und Gesetz verschickt werden und die Betroffenen nicht erst durch Klagen zu ihrem Recht kommen
- ▶ einen Ombudsmann für Hartz IV Betroffene
- ▶ eine mindestens zweiköpfige Vertretung der Erwerbslosen im Verwaltungsrat der JobCenter.

Gesundheit ist keine Ware

Unser Ziel für 2030: Durch ganzheitliche präventive Maßnahmen gewährleisten die Region Hannover und ihre Mitgliedskommunen ein die Gesundheit förderndes Leben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Sie stellen für alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig von ihrem Einkommen, einen Zugang zur dezentralen Gesundheitsversorgung sicher.

Die elf ehemaligen kommunalen Kliniken in der Landeshauptstadt und den Umlandgemeinden sowie die beiden früheren Landeskrankenhäuser Wunstorf und Langenhagen arbeiten heute unter einem Dach als Klinikum Region Hannover zusammen. Wie im gesamten Gesundheitssystem gibt es auch hier einen Kostendruck, der sich in Personalabbau, prekären Beschäftigungsverhältnissen und Scheinselbstständigkeiten niederschlägt. Dies führt zu Qualitätsverlusten in der Gesundheitsversorgung.

Die Rettungsdienste in der Region sollten europaweit ausgeschrieben werden. DIE LINKE hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, sie bei den bisherigen gemeinnützigen Trägern zu belassen, um so einen Verdrängungswettbewerb mit Billiganbietern zulasten von PatientInnen und Beschäftigten im Rettungsdienst zu verhindern.

Wir fordern:

- ▶ Ausbau der Kliniken des Klinikums Region Hannover zu Gesundheitszentren
- ▶ Erhalt der kleinen Kliniken wie Springe zur Sicherstellung der Grundversorgung vor Ort
- ▶ eine personelle Ausstattung, die eine gute und menschliche Patientenversorgung ermöglicht
- ▶ Überführung von prekären und scheinselbständigen Arbeitsverhältnissen in reguläre unbefristete Arbeitsverträge
- ▶ Beibehaltung der bisherigen gemeinnützigen Trägerschaft im Rettungsdienst, bzw. Rekommunalisierung des Rettungsdienstes in der Region mit Übernahme aller Beschäftigten zu Tarifbedingungen
- ▶ Prüfung einer Zusammenlegung der Rettungsdienste von Region und Landeshauptstadt Hannover

Alt werden in Würde

Unser Ziel für 2030: Die Städte und Gemeinden der Region Hannover ermöglichen älteren Menschen ein aktives und selbstbestimmtes Leben.

Die Pflegeheime der Region Hannover wurden sämtlich privatisiert - gegen die alleinigen Stimmen der LINKEN. In der Stadt Hannover existieren kommunale und private Pflegeheime nebeneinander. Private Heime werden gewinnorientiert geführt, was zulasten der Qualität geht und zu Lohndumping führt. Aber auch Pflegeheime in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft sind personell zu knapp ausgestattet. Der Betrieb wird oft durch Einsatz von nicht fachlich qualifizierten, manchmal sogar durch 1-Euro-Kräfte oder Beschäftigten in der Bürgerarbeit aufrechterhalten.

Wir fordern:

- ▶ Einrichtung weiterer Pflegestützpunkte zur Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen
- ▶ Verbleib kommunaler Pflegeheime in kommunaler Trägerschaft
- ▶ ausreichende Angebote zur Kurzzeitpflege für die Entlastung von pflegenden Angehörigen
- ▶ Überwachung der privaten Pflegedienste durch das Gesundheitsamt
- ▶ ausreichende Angebote für Senioren in den Einrichtungen für sportliche, kulturelle und gemeinschaftliche Aktivitäten

Es ist normal, anders zu sein

Unser Ziel für 2030: In den Städten und Gemeinden der Region Hannover liegen die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Beeinträchtigungen vor. Wir leben gemeinsam innerhalb der Vielfalt unserer Möglichkeiten und akzeptieren das Anderssein eines jeden als Teil der Normalität.

Wir folgen dem Grundgedanken der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und begreifen es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Normalität so zu verändern, dass jeder selbstbestimmt leben kann. Unsere Gebäude, Verkehrsmittel und Straßen sollen barrierefrei werden, d. h. ohne Einschränkungen nutzbar sein sowohl für Menschen mit Einschrän-

kungen der Mobilität als auch der Sinne. Bei Hinweisschildern wollen wir einfache Sprache und Symbole verwenden, ergänzt um ertastbare Kennzeichnungen. Im Schriftverkehr der Behörden soll einfache Sprache das komplizierte Amtsdeutsch ersetzen.

Wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens sind die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Bildung.

Wir wollen und brauchen Angebote, die hier eine selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen. Noch immer existieren ‚Sondereinrichtungen‘ für Menschen in diesem Bereich, noch immer leben Menschen mit Behinderungen in Wohneinrichtungen, arbeiten in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder besuchen Förderschulen. Diese Einrichtungen sind hoch qualifiziert und bieten eine vollumfängliche Versorgung in allen Bereichen.

Es widerspricht aber dem Gedanken der Inklusion, es dabei zu belassen: wir wollen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen den Mut und die Möglichkeiten finden, auch außerhalb dieser Schutzräume zu leben, zu arbeiten oder zu lernen. Voraussetzung ist, dass alternative Angebote in ausreichendem Umfang vorhanden und unkompliziert nutzbar sind. Das Arbeitgebermodell beim persönlichen Budget, die Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der Eingliederungshilfe und die Angst, Assistenz und Pflegepersonal schutzlos ausgeliefert zu sein, sind hier wesentliche Hürden, die beseitigt werden müssen. Die Kostenträger können hier Hürde oder Helfer sein.

Während wir uns auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, die Eingliederungshilfe und Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zu verändern, wollen wir auch auf kommunaler Ebene nicht untätig bleiben: Über Zielvorgaben der Räte und Regionsversammlung an die Verwaltungen sorgen wir dafür, dass die Interessen von Menschen mit Behinderungen Vorrang vor Fragen der Kosten bekommen.

Den Grundgedanken der Inklusion berücksichtigen wir bei allen Fragen und Vorschlägen, denn wir wissen: Inklusion beginnt bei uns selbst und gilt in allen Bereichen des Lebens.

Wir fordern:

- ▶ selbstbestimmtes Wohnen für Alte und Schwerstbehinderte zu ermöglichen
- ▶ bei Anträgen auf ein persönliches Budget darf es keine restriktive Genehmigungspolitik geben
- ▶ Wohngemeinschaften und genossenschaftliche Konzepte als alternative Wohnformen zu fördern
- ▶ Förderung von inklusiver Erziehung in Kindergärten und Schulen
- ▶ Schaffung von Behindertenbeauftragten
- ▶ Beteiligung von Menschen mit besonderem Bedarf an Planungen im öffentlichen Raum und darüber hinaus
- ▶ einen flächendeckenden barrierefreien ÖPNV

- ▶ barrierefreie Zugänge zu allen Bildungseinrichtungen
- ▶ einen Arbeitnehmerstatus mit allen Rechten und angemessener Entlohnung für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfMB)

Öffentliche Räume für alle

Unser Ziel für 2030: Öffentliche Räume wie Parks, Plätze, Fußgängerzonen sind Treffpunkte der Kommunikation und Erholung, barrierefrei und für alle frei zugänglich. Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden über Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums.

„Unbequeme“ Bevölkerungsgruppen werden zunehmend durch eine funktional einschränkende Gestaltung des öffentlichen Raumes ausgeschlossen. So wird in Innenstädten bewusst auf Ruhe- und Verweilzonen verzichtet, um z. B. den Aufenthalt von Punks, SkaterInnen und BettlerInnen zu unterbinden. Der Park an der Oper in der hannoverschen Innenstadt wurde z. B. ausdrücklich ohne Rasenflächen gestaltet, um das Verweilen von sogenannten StörerInnengruppen zu unterbinden. Sollten sich diese Gruppen dennoch den öffentlichen Raum ‚aneignen‘, gelten sie als ‚Störer der öffentlichen Ordnung‘ und werden mit Platzverweisen belegt. Durch diese Maßnahmen wird einer sozialen Spaltung der Bevölkerung Vorschub geleistet, die einer solidarischen Gesellschaft zuwiderläuft.

Hannover ist inzwischen zu einer der am dichtesten mit verdeckten Kameras überwachten Großstädte Deutschlands geworden. Was genau mit den Videoaufzeichnungen geschieht, darüber hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen. Die permanente Überwachung verstößt gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht. DIE LINKE hat sich stets gegen Ausgrenzungen und verdeckte Überwachungen im Öffentlichen Raum ausgesprochen.

Öffentlich genutzte Flächen wie den Klagesmarkt, den Steintorplatz oder den Andreas-Hermes-Platz am Pavillon, will die Landeshauptstadt Hannover verkaufen, zur Bebauung freigeben und dadurch der öffentlichen Nutzung entziehen.

Wir fordern:

- ▶ eine funktional offene Gestaltung von Parks, Plätzen und sonstigen öffentlichen Flächen, um eine vielfältige Nutzung des öffentlichen Raums zu gewährleisten
- ▶ Abbau aller illegalen privaten Überwachungskameras und Reduzierung der öffentlichen auf das unbedingt notwendige Maß
- ▶ Kennzeichnung der Videoüberwachung gemäß der gesetzlichen Vorgaben
- ▶ keine Privatisierung öffentlich genutzter Räume

Mobilität für alle – sozial, ökologisch, barriere- und kostenfrei

Unser Ziel für 2030: Der flächendeckende Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), FußgängerInnen und RadfahrerInnen genießen Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV). Darum wird der MIV reduziert, gleichzeitig der ÖPNV und das Radwegenetz ausgebaut. Die Zentren der Regionsgemeinden sind autofrei, der ÖPNV für alle BenutzerInnen kostenfrei.

Die Hauptrolle im Verkehrsgeschehen der Region Hannover spielt immer noch der motorisierte Individualverkehr. In der bundesweiten Unfallstatistik für Kinder belegt die Stadt Hannover einen traurigen ersten Platz. RadfahrerInnen und FußgängerInnen nehmen nicht gleichrangig am Verkehrsleben teil; dieses wird vielfach an Ampelschaltungen deutlich. So müssen z. B. FußgängerInnen und RadfahrerInnen oft dreimal (!) warten, um einmal über den Aegidientorplatz zu gelangen.

Auch der ÖPNV ist nicht in allen Belangen zufriedenstellend. Noch immer sind nicht alle Haltestellen barrierefrei, das gilt z. B. für fast alle Haltestellen der Linie 10. Die Anbindung gerade in einigen Bereichen des Umlandes ist unzureichend. Die Taktung in den Abend- und Nachtzeiten ist zu lang. Die stetige Ausdünnung des Fahrplans, die zu hohen Fahrpreise sowie das unübersichtliche Fahrpreissystem senken zusätzlich die Attraktivität des ÖPNV. Das existierende sogenannte ‚Sozialticket‘ mit Wertmarke ist zu kompliziert und zu teuer.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit schon Teile der ursprünglich für den Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung weggekürzt. Infolge dessen hat die Region das Angebot auf einigen Buslinien (z. B. 350 oder 571) gekürzt oder de facto eingestellt. Mit dem vollständigen Wegfall der Zweckbindung der Regionalisierungsmittel in zwei Jahren drohen weitere Kürzungen, z. B. der Kurvenzüge auf der Strecke Hannover - Burgdorf - Celle.

Die unzureichende bauliche Unterhaltung öffentlicher Verkehrswege gefährdet alle VerkehrsteilnehmerInnen, insbesondere RadfahrerInnen und FußgängerInnen. Fahrbahnverengungen mit Verkehrsinseln (z. B. in Ortseinfahrten) ohne mitgeführten Radweg wie beispielsweise in Reden (Pattensen) oder Devese (Hemmingen) sind gefährliche Fallen für FahrradfahrerInnen.

Eine Umweltzone wie gegenwärtig in Hannover ist ein Mittel, um die EU-Vorgaben zur Verringerung von krank machenden Feinstaubbelastungen durch den Autoverkehr zu erfüllen. Eine drastische Reduzierung des motorisierten Innenstadtverkehrs, flankiert durch einen preisgünstigen oder sogar kostenlosen ÖPNV, wäre die bessere Lösung.

Erhebliche Feinstaub- und Lärmbelastungen entstehen auch durch den Fernlastverkehr, der die Regions- und Gemeindestraßen nutzt, um Mautgebühren zu sparen.

In der Einflugschneise des Flughafens Hannover leiden die Menschen der Umlandgemeinden unter krank machenden Lärmbelastungen. Die Landeshauptstadt Hannover und die Landesregierung als Anteilseignerinnen sind aber nicht wie viele andere Städte bereit, zum Schutz der Bevölkerung ein Nachtflugverbot zu erlassen.

Wir fordern:

- ▶ Reduzierung und Entschleunigung des MIV durch eine generelle Einführung von Tempo 30 in Wohngebieten der Städte und Gemeinden, Reduzierung der Geschwindigkeit auf Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen
- ▶ Realisierung einer wirksamen Umweltzone
- ▶ grundsätzlich eine Querungsphase für RadfahrerInnen und FußgängerInnen
- ▶ den schrittweisen Ausbau von autofreien Innenstädten
- ▶ Aufbau eines regionsweiten Fahrradstraßensystems, Reparatur und Ausbau des vorhandenen Radwegenetzes
- ▶ Fahrradparkhäuser zur kostenlosen Nutzung an Bahnhöfen und Umsteigestellen in der Region
- ▶ den weiteren Ausbau eines barrierefreien ÖPNV in der gesamten Region Hannover, den Auf- und Ausbau eines innerstädtischen Straßenbahnnetzes mit Niederflurtechnik zur Herstellung von Barrierefreiheit
- ▶ oberirdische Führung der Linie 10 als Niederflur-Straßenbahn durch Linden-Limmer und die Innenstadt sowie eine Erweiterung dieser Strecke in die östliche Südstadt bis Bhf. Bismarckstraße
- ▶ kürzere Taktzeiten für alle Öffentlichen Verkehrsmittel Tag und Nacht
- ▶ an den Wochenenden eine autofreie Innenstadt verbunden mit kostenlosem ÖPNV in Hannover, schrittweiser Umbau der City Hannovers in eine autofreie Zone
- ▶ Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Landes im Nahverkehr (beispielsweise zulasten der Kurvenzüge Hannover – Burgdorf – Celle) müssen durch die Region Hannover aufgefangen werden
- ▶ eine generelle Fahrpreissenkung und Vereinfachung des Fahrpreissystems mit nutzerspezifischen Tarifen. Kinder, Jugendliche, SchülerInnen und Auszubildende fahren kostenlos
- ▶ Einführung eines regionsweiten Monatstickets für Hartz-IV-EmpfängerInnen, Erwerbslose und sonstige Bedürftige für 16 Euro ohne Wertmarkensystem - finanziert durch eine Pauschalzahlung der Region an die GVH
- ▶ ein generelles Nachtflugverbot für den Flughafen Hannover

Weitere Einzelheiten zu unseren verkehrspolitischen Vorstellungen und Forderungen sind den Kernthesen „Mobilität ist ein Grundrecht“ und den Konzepten „Autofreie City“, „Fahrradstadt Hannover“ und „ÖPNV für alle“ zu entnehmen.

Bauen und wohnen, menschen- und naturgerecht

Unser Ziel für 2030: Die Bauplanung ist demokratisch und transparent und berücksichtigt die Belange von Mensch und Natur. Der Wohnungsbau dient dem Zusammenleben der Generationen und Kulturen.

Durch die von der Bundesregierung beschlossene Möglichkeit, Kosten der energetischen Sanierung auf die Mieten umzulegen, droht den MieterInnen in den nächsten Jahren ein Anstieg der Mieten vor allem in den Wohnbauten der 60er und 70er Jahre. Viele MieterInnen werden die Steigerungen nicht mehr bezahlen können.

Die Landeshauptstadt Hannover hat in der Vergangenheit Belegrechte für Wohnungssuchende mit geringem Einkommen für ca. 16.000 Wohnungen aufgegeben. In Citynähe sowie in Stadtteilen bester Lage und Verkehrsanbindung entstehen neue Wohnstandorte insbesondere für ‚anspruchsvolle Zielgruppen‘, wie z. B. die Wasserstadt in Limmer, im Zooviertel, auf dem Klagesmarkt oder in Ronnenberg.

Durch die Bundesregierung wurden sowohl die Mittel für den sozialen Wohnungsbau als auch die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ gestrichen. Die Auswirkungen dieser Streichungen wird die Region Hannover mit ihren Städten und Gemeinden insbesondere in den nächsten Jahren zu spüren bekommen.

Gesundes Wohnen ist ein Grundrecht. Die radioaktive Chemiealtlast De-Haën in der List, die Grundwasserbelastungen in Gehrden-Ditterke oder unter Hannovers Südstadt (Kertess-Gelände) sowie die Vergiftung von Kleingartenbrunnen in Hannover-Hainholz durch die Industriealtlast Sorst sind nur einige Beispiele, bei denen sich die VerursacherInnen ihrer Verantwortung entzogen haben und die Betroffenen von der Region Hannover alleine gelassen werden.

Wohnungslosigkeit ist nach wie vor in der Region Hannover ein Problem. Noch immer werden Notunterkünfte in menschenunwürdigen Zuständen angeboten.

Wir fordern:

- ▶ neben dem Hauptzweck der Wohnraumversorgung sollten die Stabilisierung von Wohnquartieren, ökologische Bauweisen, barrierefreies Bauen für Menschen mit Einschränkungen und Pflegebedürftige Teilziele einer gelungenen Wohnungspolitik sein.
- ▶ Das beinhaltet auch kosten- und flächensparendes Bauen und den Erhalt preiswerten Wohnraums bei Bestandsmodernisierung
- ▶ Stadtentwicklung darf nicht von den Interessen der Investoren dominiert werden, sondern muss demokratisch ausgehandelt sein. DIE LINKE fordert und fördert deshalb neue und verbindlichere Formen der BürgerInnenbeteiligung in der Stadtentwicklungsplanung

- ▶ lebendige Innenstädte: Innenstadtaufwertung durch Mischnutzung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen
- ▶ Erhalt und die Erweiterung von öffentlichem Wohneigentum, um auch in Zukunft für untere EinkommensbezieherInnen, Arbeitslose und prekär Beschäftigte bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können. ALG-II-EmpfängerInnen und GrundsicherungsempfängerInnen dürfen nicht aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Kommunale Kassenlage darf nie entscheiden; Zwangsumzug ist nicht statthaft!
- ▶ die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssen in Richtung mieterorientierter Dienstleistungsunternehmen weiterentwickelt werden und in die deutliche Erweiterung ihres Wohnungsbestandes investieren
- ▶ Förderung von generationsübergreifendem Wohnen
- ▶ Erhalt und weiteren Erwerb von Belegrechten durch die Kommunen und die Region Hannover
- ▶ Auflage eines Interventionsfonds zum Hausankauf für Wohnungsgenossenschaften
- ▶ ein Angebot menschenwürdiger Wohnmöglichkeiten für Wohnungslose, damit der Erhalt von Privatsphäre gewährleistet ist. Wohnheime mit Mehrbettzimmern lehnen wir ab
- ▶ Wohnkostenzuschüsse statt Zwangsumzüge für Hartz IV- und GrundsicherungsempfängerInnen
- ▶ Prioritätensetzung zur Sanierung bewohnter Altlasten
- ▶ keine Abwälzung von Sanierungskosten auf die betroffenen AnwohnerInnen

Klimaschutzregion Hannover – atomstromfrei

Unser Ziel für 2030: Die Region Hannover ist eine energieautarke Region, d. h. alle Städte und Gemeinden decken ihren Energiebedarf durch dezentrale und erneuerbare Energiequellen. Effektive Energienutzung trägt zum Klimaschutz bei.

Eine dezentral organisierte Energiewende ist ein Beitrag zum globalen Klimaschutz und verringert die Importabhängigkeit von Öl und Gas, die zur Neige gehen. Dadurch wird die regionale Wirtschaftsentwicklung gefördert und es werden Arbeitsplätze geschaffen.

Die Region Hannover hat auf dem Gebiet des Klimaschutzes einiges vorzuweisen und die Landeshauptstadt Hannover trägt nicht ohne Grund den Titel Klimahauptstadt. Auch die Ausweisung des Naturschutzgebietes Moorgeest trägt zur CO₂-Reduktion bei, da Moore CO₂-Speicherer sind. Dennoch liegt noch einiges im Argen. Die schlechteste niedersächsische Müllverbrennungsanlage in Hannover-Lahe gibt ihre Abwärme ungenutzt an die Umgebung ab. Die Nutzung vorhandener Geothermiewärme in Hannover-Bothfeld ist für die Stadtwerke offensichtlich uninteressant. Kommunale Zuschüsse der Region Hannover für die Kraft-Wärme-Kopplung werden gekürzt. Die teilweise Verlagerung von Klimaschutzaufgaben aus der anerkannten Klimaschutzagentur zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft hannoverimpuls setzt falsche Akzente.

Die atomare Katastrophe in Japan hat auf das Schlimmste die von AtomkraftgegnerInnen seit rund 40 Jahren vertretende Auffassung bestätigt, dass die Atomtechnologie nicht beherrschbar ist. Atomkraft ist auch keine klimaschonende Alternative, da bereits die Uranförderung außerordentlich CO₂-intensiv ist.

Der sofortige und unumkehrbare Ausstieg aus der Atomtechnologie ist der einzige Ausweg. Atomare Strahlung kennt keine Grenzen. Der Westen der Region um Springe befindet sich in der 30km-Zone um das Atomkraftwerk (AKW) Grohnde. Ob es überhaupt Katastrophenpläne für das AKW Grohnde gibt und wenn ja, wie sie aussehen, wird von den Verantwortlichen geheim gehalten.

Auch das Atommülllager Asse liegt in unserer Nähe und bedroht großflächig das Grundwasser.

Wir fordern:

- ▶ die flächendeckende Nutzung vorhandener Abwärmequellen und der Geothermie
- ▶ Schaffung eines kommunalen Stadtwerkeverbundes für eine von den Energiekonzernen unabhängige atomstromfreie Region Hannover
- ▶ ein kommunales Programm zur Wärmedämmung und zur effektiven Energienutzung in den öffentlichen Gebäuden
- ▶ Konzentration der Klimaschutzmaßnahmen bei der Klimaschutzagentur
- ▶ die kostenlose Abgabe von gesundheitlich unbedenklichen Energiesparlampen für finanziell schlecht gestellte Menschen
- ▶ Unterstützung des Umstieges auf den ÖPNV
- ▶ Unterstützung des Modells "Citylogistik" (Speditionen beliefern Innenstadtkunden gemeinsam) durch Zufahrtsregelungen, möglicherweise organisiert durch eine kommunale Clearingstelle
- ▶ Verbot von unterirdischer CO₂-Speicherung in der Region Hannover
- ▶ die Region Hannover soll sich für die Abschaltung des AKW Grohnde und die schnellstmögliche sichere Räumung des Atommülllagers Asse einsetzen
- ▶ die sofortige Veröffentlichung der Katastrophenpläne für das AKW Grohnde
- ▶ die Region Hannover soll sich gegen Castortransporte durch das Regionsgebiet aussprechen

Leben mit der Natur

Unser Ziel für 2030: Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird bei allen kommunalen Maßnahmen vorrangig berücksichtigt. Umweltpolitik ist eine Querschnittsaufgabe.

Die Region Hannover ist bisher mit ihrer gelungenen Mischung aus Naturerhaltung und Erholungslandschaft sehr gut gefahren und auch in Fachkreisen anerkannt. Das Projekt der Moor-geest, das Steinhuder Meer als Mitteleuropas größtes Zwischenquartier von Zugvögeln, viele Landschafts- und Naturschutzgebiete oder der „Grüne Ring“ für Fahrradtouristen seien hier genannt. Die einseitigen Eingriffe des Landes in diese Naturräume – z. B. durch Freigabe einer ganzjährigen touristischen Nutzung des Steinhuder Meeres – gefährden diese Balance zwischen Natur und umweltgerechtem Tourismus.

In der Region Hannover gibt es fruchtbares Lößgebiet, hier werden wertvolle Nahrungsmittel produziert. Durch Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wie in der Wedemark wird dieser Wirtschaftsbereich gefährdet, denn die VerbraucherInnen akzeptieren wegen der unabsehbaren Gefahren diese Produkte nicht.

Durch Pflanzenanbau für Biogasanlagen und für sog. Bioethanol drohen Monokulturen, die den ohnehin schon schlechten Grundwasserkörper weiter gefährden und zu übermäßigem Einsatz von Kunstdünger- und Pflanzenschutzmitteln führen. Durch den Einsatz sogenannter Pflanzenschutzmittel werden Mensch und Tier, Boden und Grundwasser gefährdet. Ein um sich greifendes Bienensterben ist hierfür ein beunruhigendes Indiz, sind doch ca. 80 Prozent aller in der Landwirtschaft erzeugten pflanzlichen Güter von der Bestäubung durch die Honigbiene abhängig.

Der Fortschritt der kapitalistischen Industrialisierung der Landwirtschaft wird besonders an der Massentierhaltung deutlich. Sie nimmt, wie beispielsweise in Springe oder Pattensen immer mehr zu. Dies erfolgt ausschließlich aus Profitgründen und widerspricht einer artgerechten Tierhaltung. Massentierhaltung führt zudem auch zu einer hohen CO₂-Belastung. DIE LINKE spricht sich eindeutig gegen Massentierhaltung aus.

Wir fordern:

- ▶ eine gentechnikfreie Region Hannover
- ▶ Erstellung eines regionalen Öko-Atlas zum Aufzeigen von Umweltbelastungen
- ▶ Durchsetzung des Verursacherprinzips bei Umweltschäden
- ▶ Ausweisung von Blühflächen mit entsprechender Vegetation zum Arterhalt von Pflanzen und Insekten durch die Region Hannover
- ▶ Koordinierung des Hochwasserschutzes bei der Region Hannover zur Abstimmung der Hochwasserschutzprojekte
- ▶ Beibehaltung der zeitlichen Nutzungseinschränkung auf dem Steinhuder Meer zugunsten des Vogelschutzes

- ▶ Biogasanlagen sind nur genehmigungsfähig, wenn sie, Grünschnitt, Gülle und biologische Produktionsrückstände verarbeiten, nicht aber auf Grundlage von extra dafür angebauten Pflanzen.
- ▶ keine weiteren Massentierhaltungsanlagen in der Region Hannover
- ▶ Förderung des weiteren Ausbaus der biologischen Landwirtschaft und der artgerechten Tierhaltung
- ▶ Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, um so auch regional erzeugte Lebensmittel zu vermarkten
- ▶ ein umfangreiches vegetarisches Angebot, sowie die bevorzugte Verwendung von Nahrungsmitteln aus der Region in öffentlichen Kantinen, im Klinikum Region Hannover und Schulen und Kindertagesstätten

Kulturelle Vielfalt bewahren und fördern

Unser Ziel für 2030: Die Region und ihre Mitgliedskommunen verfügen über ein breit gefächertes Kulturangebot. Sie fördern insbesondere das sozio-kulturelle Engagement ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Es gibt in der Region Hannover ein reiches Angebot kultureller Einrichtungen von soziokulturellen Stadtteilzentren, Museen, Theatern, der Staatsoper bis hin zu Angeboten kleiner und feiner Initiativen. Der Fortbestand kultureller, bildungszentraler Einrichtungen, wie die Stadtteilbüchereien Linden und Südstadt, sind bedroht. Es fehlt an Stadtteilzentren, z. B. in der Südstadt oder Badenstedt. Die traditionellen Freizeitheime, die selbstverwalteten Einrichtungen wie der Pavillon, das Kulturzentrum FAUST, das Jubif in Barsinghausen oder die Wohnwelt in Wunstorf bieten vielfältige Möglichkeiten für soziale, kulturelle und politische Aktivitäten der Menschen. Die Nutzung dieser kulturellen Schätze ist sehr unterschiedlich. Der LINKEN ist es wichtig, dass gerade die niedrigschwelligen Angebote erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Auch die Sportvereine sind wichtig für das Leben in der Region. Hier lernen vor allem Kinder, sich zu bewegen und mit anderen sportlich und fair miteinander umzugehen. Viele Vereine stehen aber auch wegen rückläufiger Mitgliedszahlen und Konkurrenz durch Fitnessstudios unter finanziellem Druck. Zusätzlich steigen die Sporthallenmieten und die Eintrittspreise in Schwimmbädern, die teilweise privatisiert wurden.

Ein Besuch im Zoo, früher ein übliches Familienvergnügen, ist für viele zum Luxus geworden.

Wir fordern:

- ▶ Erhalt kultureller Einrichtungen, wie Freizeitheimen, Bibliotheken, Museen, Theatern und Zoo, zu bezahlbaren Eintrittspreisen
- ▶ ein ausreichendes nicht kommerzielles Angebot für sportliche Aktivitäten in jedem Stadtteil, insbesondere für Kinder und Jugendliche
- ▶ freien Eintritt in Museen
- ▶ Erhalt der langen Nacht der Museen, des Masala-Festes, Fête de la musique und anderer wichtiger Bestandteile der Kulturlandschaft

Multikulturelle Gesellschaft als Selbstverständlichkeit – Gegen Diskriminierung und Rassismus

Unser Ziel für 2030: MigrantInnen sind gleichgestellt: statt Scheinbeteiligung - demokratische Beteiligung an allen gesellschaftlichen Prozessen. Die multikulturelle Gesellschaft in der Region Hannover lebt vom gegenseitigen Verständnis. Sie ist eine gesellschaftliche Bereicherung.

Menschen aus mehr als 160 Staaten leben gemeinsam und miteinander in der Region Hannover und prägen dadurch unser Zusammenleben. Sie haben einen migrantischen Hintergrund. Falsch ist die oft gebrauchte Bezeichnung Ausländer für diese Menschen, denn viele dieser MitbürgerInnen leben hier in der dritten oder vierten Generation.

Etwa 40 Prozent der Kinder, die in Hannover geboren wurden, verfügen über einen Migrationshintergrund. Und doch mangelt es immer noch an der rechtlichen und sozialen Gleichstellung vieler Menschen mit anderer Hautfarbe und/oder anderer kultureller Herkunft.

Die seit Jahren von vielen Organisationen und Selbsthilfegruppen geforderte demokratische Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen und ihrer Gestaltung wird ihnen weiterhin verweigert. Um Menschen zu diskriminieren, werden heute immer noch rassistische Deutungsmuster bedient. Mit rassistischem Denken werden Feindbilder konstruiert, einer Entsolidarisierung der Gesellschaft wird Vorschub geleistet. Rassismus verbindet sich heute in vielfältiger Weise mit den Folgen der Globalisierung.

In einer besonderen Situation befinden sich AsylantragstellerInnen. Sie sind durch das Asylbewerberleistungsgesetz besonders schlecht gestellt, durch die Residenzpflicht in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und haben nur bedingten Anspruch auf medizinische Leistungen. Noch prekärer sind die Lebenssituationen von so genannten „Papierlosen“ und ihren Kindern. Abschiebungen, wie sie vom Abschiebeknast Langenhagen aus durchgeführt werden, sind unmenschlich. Oft werden die Menschen in der Nacht plötzlich abgeholt, sodass sie keine Möglichkeit mehr haben, Rechtsmittel einzulegen.

Wir fordern:

- ▶ Kommunales Wahlrecht auch für Menschen aus Nicht-EU Ländern und die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft
- ▶ Erleichterung der Einbürgerung durch zügige Verfahrensbearbeitung. Großzügige Auslegung der Entscheidungsspielräume der Ordnungsämter zugunsten der Betroffenen
- ▶ genügend Sprachkurseangebote für Erwachsene ohne lange Wartezeit
- ▶ Erleichterung beim Nachzug von Ehepartnern
- ▶ Stärkung der Antidiskriminierungsstelle
- ▶ Gründung eines Hauses der Kulturen, um Vorurteilen zu begegnen und die Entdeckung von Gemeinsamkeiten zu ermöglichen
- ▶ Abschiebungen zu erschweren, um so auch ein späteres Bleiberecht für Flüchtlinge zu ermöglichen
- ▶ Unterbringung in Wohnungen und Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte
- ▶ eine großzügige Auslegung der Residenzpflicht durch die Ausländerbehörde
- ▶ Geldleistungen statt Gutscheine für AsylbewerberInnen
- ▶ Beschäftigte bei kommunalen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen werden von der Anzeigepflicht „illegaler“ befreit, wenn diese medizinische Versorgung benötigen oder ihre Kinder eine Schule besuchen
- ▶ Menschen ohne Papiere werden Möglichkeiten eröffnet, ihren Status langfristig zu legalisieren
- ▶ die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBH soll sich für gemischte Wohnviertel einsetzen (gegen Gettoisierung)
- ▶ mehr Beratungsstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund
- ▶ gleiche Behandlung bei der Vergabe von Arbeitsstellen für Arbeitssuchende mit und ohne Migrationshintergrund; keine Diskriminierung, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder anderer Kriterien

Gesellschaftliche Teilhabe durch lebenslanges Lernen

Unser Ziel für 2030: Die Region Hannover und ihre Mitgliedskommunen sind kommunale Bildungslandschaften. Jede und jeder kann die vielfältigen öffentlichen Bildungsangebote nutzen.

Unzureichende Bildung ist für einen wachsenden Teil junger Menschen ein Schicksal, das ihnen soziale Sicherheit und angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vorenthält.

Der Kommunale Bildungsplan 2009 der Stadt Hannover dokumentiert, wie weit die Spaltung der Gesellschaft in unserer Stadt fortgeschritten ist – allerdings ohne konkrete Maßnahmen zur Situationsverbesserung zu nennen. Die soziale Lage in einzelnen Stadtteilen spiegelt sich demnach bei den schulischen Ergebnissen wider. Ein deutliches Beispiel: Erhalten in Kirchröde ca. 72 Prozent aller SchülerInnen eine Gymnasialempfehlung, sind es in Vahrenheide nur ca. 16 Prozent. In Vahrenheide besteht ein Sprachförderbedarf von über 60 Prozent und nur 53 Prozent erhalten dort eine altersgerechte Einschulempfehlung.

Junge Menschen, die ohne Abschluss allgemeinbildende Schulen verlassen, müssen an zwei Berufsschulen (BBS VI für Jungen, BBS VII für Mädchen) im Berufsvorbereitungsjahr ihre restliche Schulpflicht erfüllen. Dabei wird ihnen eine realistische Chance auf einen Hauptschulabschluss vorgegaukelt. Die Erfolgsquote ist aber sehr gering. Durch diese Enttäuschung ist die Quote der SchulverweigerInnen hier besonders hoch. Eine weitere Folge ist, dass die Gewalt zunimmt. Dies führte in einem Krisenstab zu der Überlegung, SchulstörerInnen außerhalb des Schulbetriebes ihre restliche Schulpflicht in gesonderten Werkstätten erfüllen zu lassen.

Wirksame Hilfsangebote für SchulverweigerInnen werden dagegen nicht vorgehalten. Stattdessen bessert die Stadt Hannover zynischerweise ihre Finanzen auf, indem sie pro Jahr ca. 1000 Bußgelder gegen jene jungen Menschen verhängt, die von einem gnadenlos ausgrenzenden Bildungssystem zu Verlierern abgestempelt wurden.

Für die Erwachsenenbildung hat das Land Niedersachsen die Zuschüsse gekürzt. Die Konsequenz ist die Unterbezahlung der DozentInnen, die als FreiberuflerInnen nicht einmal Anspruch auf den Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche haben. Durch Kürzungen des Fort- und Weiterbildungssetats bei der Agentur für Arbeit ist ein wichtiges Standbein nicht nur der Volkshochschulen, sondern auch anderer Erwachsenenbildungsträger weggebrochen.

Der Trend zur Ökonomisierung von Bildung führt zu Outsourcing, Gründung von gemeinnützigen GmbH, Reduzierung auf sogenannte Kernkompetenzen und widerspricht dem ursprünglichen Ansatz, ein breites Bildungsspektrum zu attraktiven Preisen für die gesamte Bevölkerung zu bieten.

Wir fordern:

- ▶ zur Verbesserung der Startchancen sind deutlich mehr Angebote zur kindlichen Frühförderung vor allem in Stadtteilen anzubieten, in denen eine überdurchschnittlich hohe Anzahl sozial benachteiligter Familien leben
- ▶ als ersten Schritt den Aufbau weiterer integrierter Gesamtschulen mit ausreichender Ausstattung, sodass sie nicht zu unattraktiven „Restschulen“ werden. Darauf aufbauend die schrittweise Einführung von Gemeinschaftsschulen als Projektschulen, die alle Kinder nach dem Prinzip der Inklusion fördern. Dazu gehört eine gemeinsame Beschulung bis zur 10. Klasse, an deren Ende die Entscheidung für einen weiterführenden Schulbesuch und anschließendem Studium oder aber für eine gewerbliche Ausbildung steht
- ▶ Ausbau der außerschulischen und überberuflichen Bildungsangebote durch kommunale und gemeinnützige Bildungsträger (z. B. Werkstattschule) oder durch Kooperationen mit Einrichtungen der Wirtschaft und Berufsschulen, um über eine breit angelegte Qualifizierung den benachteiligten jungen Menschen die bisher versagte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen
- ▶ eine bedarfsgerechte Förderung der Menschen, die das bisherige Schulsystem als Verlierer entlassen hat und die dadurch ihr Leben in Perspektivlosigkeit und Armut fristen müssen
- ▶ ein Hilfsangebot für alle SchulerweigerInnen. Diese Kinder oder Jugendlichen, die bereits während des Schulbesuchs ihre Chancenlosigkeit erkannt haben, deshalb vor den Ausgrenzungsmechanismen kapitulierten und so zu Bildungsverlierern wurden, müssen eine echte Chance auf eine Lebensperspektive erhalten

Für den Bereich der Erwachsenenbildung fordern wir darüber hinaus;

- ▶ die Erhöhung der kommunalen Zuschüsse an die Volkshochschulen und den Bildungsverein, die eine Erhöhung der Honorare für DozentInnen und die Senkung der Teilnahmegebühren ermöglichen.
- ▶ Ausweitung von Ermäßigungsregeln bis hin zur Gebührenbefreiung

Leben mit Kindern und Jugendlichen

Unser Ziel für 2030: Eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur unterstützt das Leben mit Kindern und Jugendlichen.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit büßt zunehmend an Qualität ein und immer höhere Teilsummen aus ihrem Etat werden zweckentfremdet ausgegeben; so z. B. für Präventionsprojekte, die zwar gesellschaftlich sinnvoll sind, aber nicht in erster Linie den Interessen von Kindern und Jugendlichen dienen. Diese Maßnahmen stellen eher auf das Sicherheitsbedürfnis älterer Generationen ab und müssen daher auch aus anderen Quellen bezahlt werden.

Personalausdünnung in der Kinder- und Jugendarbeit zwingt zu oberflächlichen Angeboten, mit denen oft nur noch eine Eventkultur bedient wird. Der Kinder- und Jugendarbeit wird vom Schulträger (Gebundene und offene Ganztagschule) eine untergeordnete Rolle zugedacht, anstatt die Stärken von Jugendhilfe und Schule zu nutzen.

Obwohl der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz rechnerisch in der Region Hannover nahezu erfüllt zu sein scheint, sind diese Plätze so ungleich verteilt, dass faktisch nicht von einer familiengerechten Versorgung gesprochen werden kann. Für die 0 bis 3-jährigen ist das Angebot bei Weitem nicht ausreichend. Auch besteht ein erheblicher Nachholbedarf an Sprachförderungs-, Integrations- und Erschwernis-Kitas. Besonders Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund bedürfen der besonderen Sprachförderung. Eine Auslagerung von Sprachförderung für Kinder in Schulen muss unterbleiben, denn die Mehrbelastung für Eltern ist nicht zumutbar.

Die Sicherstellung eines geregelten, kostenfreien Mittagstisches für alle Kinder steht weiterhin aus. Statt eines erforderlichen Gesamtkonzeptes besteht nur ein unkoordinierter Flickenteppich kleinerer Initiativen.

Dem Rechtsanspruch junger Menschen auf Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz wird nur unzureichend nachgekommen. So sind beispielsweise in Hannover sowohl der Kommunale Sozialdienst als auch seine Spezialdienste, z. B. die Jugendgerichtshilfe, personell stark unterbesetzt. Dort sind gegenwärtig über 300 Fälle pro Jahr und Sachbearbeitung zu leisten – nach einer Fachempfehlung sollten es 150 sein. Doppelte Arbeitsbelastung führt hier zwangsläufig zu einer erheblichen Qualitätsminderung. So ist es nicht selten dem Zufall überlassen, ob der Beginn einer problematischen Entwicklung vor dem Hintergrund familiärer Schwierigkeiten erkannt und verhindert werden kann.

Wir fordern:

- ▶ Aufstockung des Personals in allen kommunalen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere Wiedereinrichtung der dritten Stelle in Jugendzentren sowie

entsprechende Personalkostenzuschüsse für anerkannte Einrichtungen Freier Träger

- ▶ Finanzierung von Präventionsarbeit aus einem eigenen Etat
- ▶ eine dezernatsübergreifende Planung und Durchführung einer paritätischen Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zur Sicherstellung der gebundenen Ganztagschule
- ▶ stärkere Nutzung der Einrichtungen für schulunterstützende Angebote wie z. B. Schulaufgabenhilfe in Stadtteilen mit ungünstiger sozialer Infrastruktur
- ▶ stärkere Orientierung der Angebote an pädagogischen Zielsetzungen und objektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen
- ▶ Schaffung flächendeckender Angebote zur Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Schule
- ▶ Ausbau des öffentlichen und freien, nicht-profitorientierten Kita-Angebotes in unterversorgten Gebieten der Region.
- ▶ in allen Kitas mit Kindern mit Sprachförderbedarf die vorschulische Sprachförderung durch festangestellte Sprachförderkräfte mit entsprechenden Stundenanteilen durchführen zu lassen; in Stadtteilen mit überdurchschnittlich hohen Migrantenanteilen Kitas mit dem Schwerpunkt Sprachförderung vorzuhalten.
- ▶ übergeordnete, systematische Planung und Schaffung eines Zugangs zu einem geregelten kostenfreien Mittagstisch für alle Kinder
- ▶ Durchführung einer regionsweiten Elternbefragung zur Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an KiTa-Betreuungsplätzen
- ▶ einen bedarfsgerechten personellen Ausbau des Kommunalen Sozialdienstes und der Spezialdienste sowie der Jugendhilfestationen, um dem aus wachsenden gesellschaftlichen Widersprüchen resultierenden Bedarf an pädagogischem Fachpersonal zu entsprechen

Das Einleiten notwendiger Jugendhilfemaßnahmen darf nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern, sondern ist nach fachlich begründeter Notwendigkeit im Einzelfall zu gewährleisten. Jede nicht gegebene rechtzeitige Hilfe zieht höhere gesellschaftliche Folgekosten nach sich und grenzt Betroffene gesellschaftlich aus.

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft

Unser Ziel für 2030: Kinder und Jugendliche mit ihren spezifischen Bedürfnissen sind vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. Die demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist gewährleistet.

Kinder und Jugendliche müssen sich ihre Welt selbst aneignen können. Durch den Vorrang von Erwachseneninteressen und die Konsumorientierung der Gesellschaft werden die eigenständigen Interessen von Kindern und Jugendlichen zu wenig berücksichtigt. Dies gilt beispielsweise für die Nutzung öffentlicher Räume und kultureller Angebote. Auch bei Planungsvorhaben werden ihre Interessen nur durch Erwachsene definiert. Kinder und Jugendliche haben keine Möglichkeit, ihre Interessen selbst zu artikulieren. Die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist nicht gewährleistet.

Es liegt an uns, den Weg in eine inklusive, soziale Welt zu ebnen. Soziales Verhalten lernen schon die Kleinsten in Krippen, Horten und Kindertagesstätten. Sondereinrichtungen sind umzuwandeln in inklusive Einrichtungen. Hierzu gehört: die Ausstattung mit ausreichendem Fach- und Betreuungspersonal. Individuelle und bedarfsgerechte Maßnahmen sind flächendeckend zu gewährleisten. Um das Ziel des lebenslangen gemeinsamen Lernens zu erreichen, reicht es nicht, bauliche Barrierefreiheit herzustellen. Das gemeinsame Lernen der Gebärdensprache und Blindenschrift ist das Ziel einer wirklichen Inklusion. Das Selbstverständnis des Miteinanders ist das Ziel der UN-Behindertenkonvention.

Wir fordern:

- ▶ Einführung von Zukunftswerkstätten und Planungszirkeln für Kinder und Jugendliche bei kommunalen Planungsvorhaben
- ▶ selbstverwaltete Jugendzentren
- ▶ Bereitstellung von öffentlichen Mitteln und Hilfestellung zur Durchführung selbst organisierter Veranstaltungen
- ▶ Akzeptanz selbst organisierter Freizeittreffpunkte
- ▶ Einrichtung von Spielstraßen
- ▶ Einsetzung eines Kinder- und Jugendbeauftragten
- ▶ Modellprojekte zur inklusiven Beschulung und Öffnung von Förderschulen als Regelschulen

Gewaltfreie Region Hannover

Unser Ziel für 2030: 2030 hat sich die Region Hannover zu einem Raum entwickelt, in dem alle Menschen physische und sonstige Gewaltformen ablehnen und aktiv dagegen vorgehen. Insbesondere Gewalt gegen Frauen – die gegen Kinder und als schwach angesehene schutzbedürftige Personen – hat sich in der solidarischen Kommune drastisch reduziert. Aber Gewalt, die Frauen nur aufgrund ihres Geschlechts erfahren und die von der häuslichen Gewalt bis zu Gewaltformen in der käuflichen Liebe reicht, ist nicht allein durch die soziale Frage lösbar.

Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche und emotionale Unversehrtheit. Insbesondere die Gewalt gegen Frauen und Kinder kennt viele Gesichter: als häusliche Gewalt, Zwangsprostitution, Stalking oder Belästigung, Einschüchterung am Arbeitsplatz und mehr. Das Konkurrenz- und Leistungsdenken in den Schulen führt zu einem zusätzlichen Gewaltpotential. Dies äußert sich durch Mobbing und Gewaltstraftaten.

Aber auch körperliche und psychische Gewalt gegen Schwache und Hilflose bleibt oft unentdeckt. Besonders hoch ist die Dunkelziffer bei Gewalttaten im häuslichen Bereich und in Heimen.

Wir fordern:

- ▶ materielle Absicherung der Frauenhäuser
- ▶ Auf- und Ausbau flächendeckender und leicht zugänglicher Beratungsangebote für Opfer von Gewalt mit angemessener finanzieller und personeller Ausstattung
- ▶ eine gezielte mehrsprachige Aufklärungsarbeit zu familiärer Gewalt
- ▶ Unterstützung von Gewaltpräventionsprogrammen

Aus der Geschichte lernen: Region Hannover - nazifrei!

Unser Ziel für 2030: Die Region Hannover und ihre Mitgliedsgemeinden arbeiten ihre Historie selbstkritisch auf. Die Erinnerung wird bewahrt und vermittelt. Neonazistischen und rassistischen Aktivitäten wird kein Raum gegeben.

In der Region Hannover läuft seit langem eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte – insbesondere mit den nationalsozialistischen Verbrechen. Das darf sich aber

nicht auf eine Erinnerungskultur beschränken, sondern muss auch einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. So haben z. B. die Bündnisse gegen die Aufmärsche von Neonazis in und um Hannover in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sich die Menschen in der Region Hannover auch konkret gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu wehren wissen.

Politik und Verwaltung, aber auch die private Wirtschaft, die in erheblichem Ausmaß von den nationalsozialistischen Verbrechen profitiert haben, stehen hier in besonderer Verantwortung, der alltäglichen Fremdenfeindlichkeit und der Diskriminierung von Minderheiten entgegen zu treten.

DIE LINKE unterstützt die vielfältigen Bemühungen der EinwohnerInnen. Insbesondere das Stolperstein-Projekt des Künstlers Gunter Demnig leistet hierfür einen wichtigen Beitrag und sollte sich daher nicht nur auf die Opfer beschränken, die unmittelbar durch die Nazis ihr Leben lassen mussten.

Die örtlichen Nazis sind in Kameradschaften und Parteien, aber auch neuen Formen wie „Autonomen“ bzw. Freien Nationalisten oder dem Zusammenschluss „Besseres Hannover“ organisiert.

Den rechten und neofaschistischen Bestrebungen muss konsequent begegnet werden, zivilgesellschaftlich, aber auch durch die Kommunen. DIE LINKE unterstützt und beteiligt sich an Demonstrationen und Aktionen gegen rechtsradikale Strukturen und Aktivitäten.

Wir fordern:

- ▶ Vielfältige Maßnahmen (Gedenkstätten, Bildung) sollen zur Sensibilisierung beitragen, dass Rassismus nicht immer in derselben Erscheinungsform auftritt. Die Menschen müssen befähigt werden, erste Anzeichen für Ausgrenzung zu erkennen.
- ▶ Keine Vergabe öffentlicher Räume an Nazigruppierungen
- ▶ Konsequente Durchsetzung des Verbots von Naziaufmärschen und der Verbreitung rassistischer Propaganda
- ▶ Antifaschismus in der Schule durch Ausweitung der regelmäßigen Projektstage und geschulte SozialarbeiterInnen
- ▶ Einen jährlichen Projekttopf von der Stadt für antifaschistische Projekte
- ▶ Unterstützung von antifaschistischen Bündnissen und Gruppen durch Bereitstellung von öffentlichen Ressourcen (Räume etc.)
- ▶ Distanzierung von jeglichen Extremismustheorien oder -klauseln
- ▶ Offizielles Bekenntnis zum Antifaschismus durch Stadtrat und Regionsversammlung
- ▶ Umbenennung von Straßen und Plätzen, die auch heute noch die Namen von MilitaristInnen und FaschistInnen tragen
- ▶ Verbot von Naziaufmärschen
- ▶ Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen

Region Hannover – militärfrei

Unser Ziel für 2030: Ab dem Jahr 2030 ist die Region Hannover frei von Militär und deren Standorten, damit von hier aus keine internationalen Militäreinsätze mehr geplant, gesteuert und unterstützt werden können. Die frei werdenden Mittel und Kapazitäten werden für die Gefahrenabwehr, den Katastrophenschutz, die Konversion sowie für den öffentlichen Beschäftigungssektor eingesetzt.

Hannover ist Sitz des Wehrbereichskommandos, das die gesamte Logistik für die Bundeswehr in Norddeutschland organisiert. Die Führungszentrale der 1. Panzerdivision, für die die Stadt Hannover eine Patenschaft übernommen hat, koordiniert die Bundeswehreinsätze in Afghanistan. Mit dem jährlichen „Sommerbiwak“ wird auf Kosten des Steuerzahlers versucht, die Akzeptanz des Militärs in der Gesellschaft zu erhöhen. In Wunstorf starten die Transportflugzeuge zu den völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen.

Wir fordern:

- ▶ die sofortige Aufkündigung der städtischen Patenschaft mit der Bundeswehr
- ▶ Durchführung eines internationalen und multikulturellen Friedensfestes im HCC und im Stadtpark, anstelle des „Sommerbiwaks“

Ausblick

Die demokratische Einflussnahme der Menschen in den Kommunen wird immer mehr eingeschränkt. Leere Kassen nehmen jede Möglichkeit der Gestaltung in den Kommunen außer den Pflichtaufgaben. Aber vor allem gilt das Grundprinzip des kapitalistischen Wirtschaftens: Die Interessen der großen Konzerne gehen vor. So werden die Innenstädte immer mehr durch Kaufhauskonzerne wie ECE gestaltet – ohne Rücksicht auf Verluste für mittelständische Handelsbetriebe. So werden die Städte nivelliert, Randbereiche und Nebenzentren bluten aus und verlieren ihren eigenen Charakter. Betriebe stellen den Kommunen Bedingungen für Ansiedlung oder Verbleib, aus Sorge um Arbeitsplätze können die Kommunen dem nichts entgegensetzen.

Bei Spekulationsfehlern und in Krisensituationen ergeben sich immense Einnahmeausfälle, die durch keine eigenständigen Maßnahmen der Kommunen ausgeglichen werden können. „Heuschrecken“ kaufen ganze Wohngebiete als Spekulationsobjekte auf, entweder steigen die Mieten oder die Wohnungen verkommen. Eine ökologische Energiepolitik widerspricht den Interessen der Energiekonzerne und wird deshalb verhindert.

Allen diesen Einflüssen ist auf kommunaler Ebene nicht beizukommen. Dafür ist eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse in diesem Land nötig, damit endlich die Lebensinteressen der großen Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profitgier einiger Weniger. Dieses Ziel heißt Demokratischer Sozialismus, und die LINKE ruft alle auf, gemeinsam darüber nachzudenken, dafür einzutreten und ihn so selbst mitzugestalten.

DIE LINKE will am 11. September 2011 die Zahl ihrer Mandate in der Region Hannover deutlich erhöhen. Wir gehen davon aus, dass in einer Reihe von Kommunen danach Mehrheitsbildungen jenseits reaktionärer Parteien und Gruppierungen nur unter Einbeziehung von MandatsträgerInnen oder Fraktionen der LINKEN möglich sein werden. Unsere inhaltlichen Positionen haben wir mit diesem Kommunalwahlprogramm deutlich gemacht.

DIE LINKE wird sich an keiner Kooperation auf Regions-, Stadt- oder Gemeindeebene beteiligen oder sie unterstützen oder tolerieren, die Privatisierungen, Sozial- und Arbeitsplatzabbau weiter vorantreibt oder sich an einem weiteren Abbau demokratischer und sozialer Rechte beteiligt. An der von kommunaler Finanznot diktierten Wahl zwischen der Schließung von Schwimmbädern oder Theatern, Gebührenerhöhungen oder Lohnkürzungen oder ähnlichen Alternativen „zwischen Pest und Cholera“, von CDU-SPD-GRÜNE-FDP verursacht, wird sich unsere Partei nicht beteiligen. Über die grundsätzliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien und die Zustimmung zu Haushaltsplänen werden wir mit Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden öffentlich beraten.



Impressum

Layout und Satz: Daniel Josten

Auflage: 1.500 Stück

Fotos: Pixelio (Klicker, Birgit, Peter von Bechen),
Wikipedia (Iosch, AxelHH, Dirk Feldheim, Rabanus
Flavus, Michael Gäbler, Hydro, Oxfordian Kissuth,
Grombo, Ingo Rickmann, hellsau, Daniel Schwen)

V.i.S.d.P.: DIE LINKE. Kreisverband Hannover

Maren Kaminski

Goseriede 8

30 159 Hannover

Tel.: 05 11 4440 19

Fax: 05 11 4440 29

Email: vorstand@die-linke-region-hannover.de

Internet: www.dielinke-hannover.de



